

Die Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley schwächeln

Schwere Zeiten

Der DJ D-Sol tritt nicht mehr auf. Sympathien der jüngeren Generation wollte Goldman-Sachs-Chef David Solomon mit seinen Auftritten gewinnen, irritierte jedoch damit Kollegen und potentielle Kunden. Der 61-jährige muß sich mehr auf sein Geschäft konzentrieren: Im achten Quartal in Folge sinken die Gewinne der „systemrelevanten“ Großbank – zuletzt um 36 Prozent. Nur im Investmentbanking stiegen die Gewinne erstmals seit zwei Jahren. Die Fokussierung auf den Aktien- und Rentenhandel sowie das Investmentbanking mit Fusionsberatung und Wertpapierneuemissionen erweist sich nach Jahren stetigen Wachstums jetzt als Klotz am Bein. Im Investmentbanking sind bei jedem der großen US-Häuser die Einnahmen im Vergleich zu 2021 um zwei Drittel eingebrochen. Gelegentliche Lichtblicke wie die Neuemission des Chipdesigners ARM oder Birkenstock ändern nichts am Gesamtbild.



von
Thomas Kirchner

„David Solomons Vergütung bei Goldman Sachs wurde voriges Jahr auf 25 Millionen Dollar reduziert.“

Vorbei ist der Ausflug in das Massengeschäft mit Verbraucherkrediten. Zwei Beteiligungen an entsprechenden Fintech-Firmen wurden mit Verlust verkauft. Goldman hat aufs falsche Pferd gesetzt, denn American Express meldete gerade einen Anstieg bei seiner Platinum Card mit 695 Dollar Jahresgebühr, einer Klientel, die näher an Goldmans Stammkundschaft liegt. Ganz raus aus dem Massengeschäft ist Goldman nicht – in der Vermögensverwaltung gibt es weiterhin zwei Filialen, die nicht den Goldman-Namen tragen und sich Vermögensverwaltung unter zehn Millionen Dollar widmen.

Anders sieht es beim New Yorker Erzrivalen Morgan Stanley aus. Um 30 Prozent schrumpfte das Investmentbanking, was angesichts des rückläufigen Neuemissionsgeschäfts keine Überraschung ist. Starke Schwankungen in

diesem Segment in Abhängigkeit von der Konjunktur sind zu erwarten, was seit 18 Monaten in der gesamten Branche der Fall ist. Überraschend war das langsamere Wachstum der Vermögensverwaltung; nur 36 Milliarden Dollar an neuen Kundengeldern wurden eingebracht. Im Vorquartal waren es 65 Milliarden gewesen.

Gebühren in diesem Bereich sind unabhängig von der Konjunktur als im Investmentbanking, weshalb die 16.000 Vermögensverwalter mit 2,7 Billionen Dollar an verwalteten Kundenvermögen Morgan Stanley mit Abstand zum Marktführer machen und als das Kronjuwel der Firma gelten. Goldman Sachs kommt mit knapp 2.500 Beratern auf nur 220 Milliarden Dollar an Kundenvermögen und hat damit weniger als ein Zehntel des Volumens von Morgan Stanley oder der Schweizer UBS. Beide Großbanken stehen im Schatten des US-Giganten JPMorgan Chase, dessen Gewinne 35 Prozent zulegen konnten.

Personal bleibt Kostenpunkt Nummer eins. 34 Prozent der Gewinne von Goldman Sachs dienen der Entlohnung der Angestellten, die erhebliche Einbußen hinnehmen mußten – wenngleich auch auf extrem hohem Niveau. Für Solomon selbst blieben voriges Jahr 25 Millionen Dollar nach einer Kürzung um 29 Prozent. Für das laufende Jahr dürfte es nochmal weniger werden. Bei Morgan Stanley fiel die Kürzung für den Chef Jim Gorman geringer aus: 31,5 Millionen blieben nach einem zehnzehnten Abschlag. Vielleicht hätte Solomon es mit Klavierspielen statt Electronic Dance Music (EDM) versuchen sollen: Helmut Schmidt nahm als Kanzler im Dezember 1981 Mozarts Konzert für drei Klaviere mit Justus Frantz und Christoph Eschenbach auf, ohne Kritik auf sich zu ziehen – zumindest nicht deswegen.

Totale Kontrolle inbegriffen

Digitaler Euro: Der EZB-Rat startet Vorbereitungsphase / In fünf Jahren schon übliches gesetzliches Zahlungsmittel?

DIRK MEYER

Die Europäische Zentralbank (EZB) treibt die Einführung des digitalen Euro voran. Im Oktober 2021 begann die Untersuchungsphase. Vorige Woche entschied der EZB-Rat, in die zweijährige Vorbereitungsphase einzusteigen. Hier sollen das Regelwerk ausgearbeitet und Anbieter für die Entwicklung einer Plattform und die notwendige Infrastruktur ausgewählt werden. Zudem soll die Anwendung des Digitalgeldes getestet werden, damit es den Anforderungen des Eurosystems als auch den Bürgern gerecht werde, „beispielsweise in Bezug auf Nutzererlebnis, Datenschutz, finanzielle Inklusion und ökologischen Fußabdruck“, so die EZB.

Sicher ist die Einführung des e-Euro damit keineswegs. Es braucht eine gesetzliche Grundlage, die die EU-Kommission mit ihrem „Verordnungsentwurf über die Einführung des digitalen Euro“ bereits im Juni vorgelegt hat (JF 28/23). Dem müssen das EU-Parlament und der EU-Rat nach mehreren Beratungsrunden zustimmen. Schließlich müssen in einigen Mitgliedstaaten auch die nationalen Parlamente einwilligen. Von daher laufen beide Prozesse – Gesetzgebung und Gestaltung des e-Euro – parallel. Bundesbankpräsident Joachim Nagel ist daher zuversichtlich, „daß wir in circa fünf Jahren mit dem digitalen Euro bezahlen werden“.

„Keinerlei relevante Vorteile und so unattraktiv wie alkoholfreier Wein“

So würde eine dritte Geldform neben Bar- und Giralgeld geschaffen werden (siehe Grafik). Konzeptionell ist der e-Euro „digitales“ Bargeld, das für alle Bezahlvorgänge als gesetzliches Zahlungsmittel genutzt werden kann. Hierzu wird für jeden Nutzer ein digitales, von den Geschäftsbanken verwaltetes Notenbankkonto eingerichtet, auf das der Nutzer mit seiner e-Geldbörse („Wallet“) als App auf dem Smartphone oder dem Computer zugreifen kann. Der Bezahlvorgang soll online und offline möglich sein. Letzteres wäre relativ anonym und auch bei eingeschränkter Internetverbindung möglich. Später ist eine digitale Euro-Geldkarte geplant.

Als eine Form von Zentralbankgeld wäre der e-Euro ausfallsicher. Das Giralgeld auf den Konten der Banken und Sparkassen unterliegt hingegen einem Insolvenzrisiko. Dieses Argument ist jedoch



Der Euro im Rechenzentrum: Wirklich keinen Zugriff auf personenbezogene Daten?

angesichts der Einlagensicherung bis 100.000 Euro kaum tragfähig, da eine Obergrenze von 3.000 Euro für den e-Euro diskutiert wird. Die Grenze wird für die Finanzstabilität im Krisenfall allgemein als notwendig erachtet, da sonst eine Umschichtung von Bankeinlagen in Zentralbankgeld erfolgen würde. Doch ob ein „Bank Run“ per Tastenklick oder durch Abheben von Bargeld stattfindet, ist allenfalls ein logistischer Unterschied für die EZB, sollte sie sich für eine Bankenstützung entscheiden müssen.

In beiden Fällen müßte sie für Pleitebanken mit Zentralbankgeld in „Vorkasse“ gehen. Allerdings würden die Banken einen Teil ihres Geschäfts verlieren. Insbesondere wäre ihre Fähigkeit zur Kreditvergabe stark eingeschränkt, da sie hierfür Zentralbankgeld benötigen, das jetzt durch den e-Euro gebunden wäre. Wer könnte die übernehmen? Die Aufgabenteilung zwischen Privatwirtschaft und Zentralbanken ginge verloren, ohne daß die Lücke geschlossen würde. Auch deshalb plädiert der Lobbyverband Deutsche Kreditwirtschaft für einen „unteren dreistelligen Eurobereich“.

Ist der e-Euro überhaupt nötig? Für Peter Bofinger, bis 2019 Mitglied des Sachverständigenrats,

ist die Antwort in seinem Gutachten für die österreichische Großsparkasse Erste Group klar: Der digitale Euro sei so unattraktiv wie alkoholfreier Wein, da keinerlei relevante Vorteile gegenüber bestehenden elektronischen Zahlungsanbietern bestehen würden. Ignazio Angeloni, ehemaliger EZB-Direktor, benennt ein mögliches Motiv: „Wir haben etwas erlebt, das die Amerikaner *fear of missing out* nennen – die Angst nicht dabei zu sein und als technologisch rückständig zu gelten.“ Andere Zentralbanken versuchen ähnliches – nicht immer erfolgreich, wie der chinesische e-Yuan zeigt.

Das Bargeld und der digitale Euro sollen nebeneinander existieren

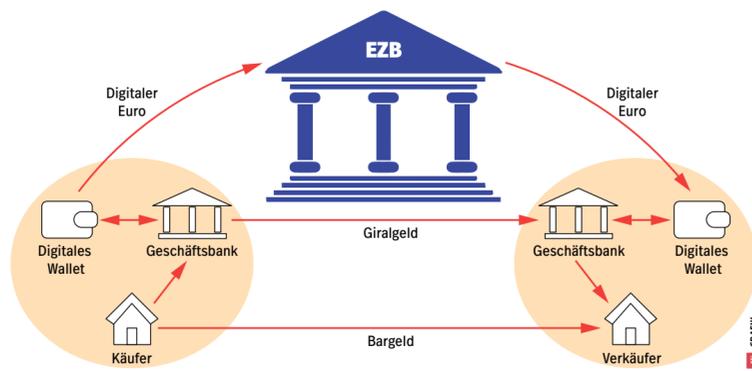
Beworben wird der e-Euro mit der Kostenfrage, die Verbraucher müßten keinerlei Gebühren zahlen. Da die zusätzliche Infrastruktur des Zahlungssystems selbstverständlich Kosten verursacht und die Händler dafür zahlen müssen, kommt es zur Kostenüberwälzung auf den Kunden. Und verdrängt der e-Euro das Bargeld? „Nein, Bargeld und digitaler Euro würden nebeneinander existieren“, so verlautet es aus der Bundesbank. Auch wird derzeit ein EU-Verordnungsentwurf diskutiert, indem es heißt, der Zahlungsempfänger dürfe Euro-Banknoten und Münzen „nicht ablehnen“.

Allerdings sind Ausnahmen vorgesehen: Geldwäschegrenzen und „Ex-ante-Ausschlüsse“, in dem ein Geschäft den Hinweis „No Cash“ aufstellt. Problematischer ist das Thema „Big Brother“ und Überwachungsstaat. Zwar versichert die EZB, daß sie „keinen Zugriff auf personenbezogene Daten“ habe und „anhand von Zahlungsinformationen auch keine Rückschlüsse auf einzelne Personen ziehen“ könne, doch setzt der e-Euro ein Konto voraus. Nur die Offline-Variante könnte der Anonymität des Bargeldes in etwa entsprechen. Zudem soll der e-Euro nicht programmierbar sein, um etwa dessen Nutzung einzuschränken, Sanktionslisten umzusetzen oder seinen Wert zu reduzieren.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Zahlungsströme bei Bar- und Giralgeld sowie dem neuen e-Euro

Der Bargeldverkehr ist anonym, bei allen anderen Bezahlformen ist eine Überwachung möglich



Der EU-USA-Gipfel zur transatlantischen Handelspolitik ist gescheitert

Ihr Fototermin bei Joe Biden

Von **Albrecht Rothacher**

Der transatlantische Gipfel war die letzte Chance vor den US-Wahlen im November 2024. Bald herrscht jenseits des großen Teichs nur noch geballte Unvernunft. Dank ihrer bedingungslosen öffentlichen Unterstützung für die Ukraine und Israel erhielt Ursula von der Leyen eine Sonderaudienz im Weißen Haus, während EU-Ratspräsident Charles Michel sozusagen am Katzentisch Platz nehmen mußte. Daß die heutige Kommissionspräsidentin als Verteidigungsministerin die Bundeswehr ruinierte, ist in Washington vergeben und vergessen. Joe Biden will sie dank der gemeinsamen Kampfrhetorik gegen den Iran, Hamas, Rußland und China zur Nato-Generalsekretärin küren.

Doch sachliche Erfolge blieben vorige Woche aus. Von der im März angekündigten „Rohstoff-Partnerschaft“ mit den USA bleibt nichts. Für einen transatlantischen Rohstoffklub ist die EU mit ihren jahrzehntelangen Genehmigungsverfahren für den Abbau Seltener Erden für die USA uninteressant. So bleibt die Absicht, an den US-Milliardensubventionen des Inflation Reduction Act für europäische E-Autos und Batterien in den USA mitzunutzen, eine Sei-

fenblase. Auch bei den von Donald Trump 2018 eingeführten Strafzöllen für Stahl- und Aluminiumexporte, die ohnehin von astronomischen Energiekosten und CO₂-Abgaben benachteiligt werden, gab es keine Einigung. Ende 2023 wird ihre von Biden verfügte Aussetzung auslaufen. Dem US-Vorschlag, stattdessen einen gemeinsamen Strafzoll für „Dumpingländer“ (sprich: China) einzuführen, traut sich die EU aus Angst vor einem Handelskrieg mit Peking und den Gegensanktionen auf EU-Exporte und Fabriken im Land der Mitte nicht zuzustimmen. Stattdessen verweist die EU auf die zahllosen Verfahren vor der WTO in Genf, die weder die USA noch China je beeindruckt haben.

So wird die „strategische Souveränität“ der Europäer, je mehr sie beschworen wird, immer irrealer und ohnmächtiger. Verantwortlich sind neben dem Dauerstreit an der EU-Spitze, der dem autokratischen Leyen-Regime geschuldet ist, auch die wachsende Uneinigkeit der zunehmend führungslosen 27 Mitgliedstaaten: beginnend von einsamen und erratischen Pariser Entschlüssen über die Berliner Chaoten-Ampel bis nach Ungarn, das immer offener mit chinesischen und russischen Karten spielt.



Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

WIR SUCHEN AB SOFORT
► Redakteur/-in für Print und Online

Weitere Informationen unter: jf.de/stellenangebote
Telefonische Rückfragen unter: 030/86 4953 28

Die JF stellt ein
**Wir haben viel vor.
Mit Ihnen.**
jf.de/stellenangebote

Chance
nutzen –
jetzt
bewerben

JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.